

Stellungnahme

zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am Deutschen Bundestag, 15. Mai 2024

Thema: Desinformation im Kontext von Konflikten in den Regionen Nahost, Ukraine und Westbalkan

1. Desinformation im Kontext von Konflikten in den Regionen Nahost, Ukraine und Westbalkan

Im Kontext von Konflikten und Krisen kommt es regelmäßig zur Verbreitung von Desinformation durch die beteiligten Akteure. Sie ist nie Privileg nur einer Konfliktpartei. Desinformation verfängt insbesondere dann, wenn freie Berichterstattung und der Zugang zu Informationen eingeschränkt werden, was in diesen Kontexten ebenfalls an der Tagesordnung ist.

Ukraine

Der Krieg in der Ukraine wurde von Anfang an durch einen Informationskrieg begleitet. Während Russland es unter Strafe stellte, die „militärische Operation“ als Krieg zu bezeichnen, überbetonte die ukrainische Seite die eigenen militärischen Erfolge und ging sehr zurückhaltend mit Zahlen ziviler Opfer um. Auch wenn das Ausmaß russischer Desinformation qualitativ wie quantitativ klar überwiegt, ist bemerkenswert, dass dieser „Wettbewerb der Narrative“ sich auch in der internationalen Medienlandschaft widerspiegelt. Während viele osteuropäische Medien russische Narrative übernahmen, gab es in westlichen Medien von Anfang an Warnung vor russischen Desinformationskampagnen. Ukrainische Angaben zum Kriegsverlauf wurden hingegen seltener hinterfragt.¹

Pressefreiheit ist im heutigen Russland ein Fremdwort. Das Regime investiert seit Kriegsbeginn erhebliche finanzielle Ressourcen in Massenmedien, über die Kreml-nahe Sichtweisen verbreitet werden². Über Sputnik, RussiaToday, Ria Novosti und LifeNews werden Desinformationen auch in der Ukraine verbreitet: falsche Tatsachen über die Lage an der Front, insbesondere die besetzten Gebiete, gehören ebenso dazu wie gefälschte Fotos.³ Die diversen Taktiken des Regimes zur Verbreitung von Desinformation sind gut dokumentiert.⁴ Sie zielen nicht nur auf die Ukraine ab, sondern auf eine geostrategische Manipulation der Weltöffentlichkeit.

Doch auch in der Ukraine steht die Pressefreiheit massiv unter Druck. Problematisch ist aus Sicht von RSF beispielsweise das Nachrichtenprogramm *Telemarathon*. Das 24-Stunden-Format kam auf Initiative der größten ukrainischen Fernsehsender zustande, im März 2022 verpflichtete ein Erlass des Präsidenten⁵ sämtliche Nachrichtenkanäle zur Ausstrahlung. Das ursprüngliche Ziel war es, verlässliche Informationen unmittelbar nach dem russischen Überfall zu verbreiten. Doch nachdem sich die Lage an der Front stabilisiert hatte, geriet der *Telemarathon* in die Kritik. Dem Programm wurde eine unkritische Haltung gegenüber der Regierung vorgeworfen, Oppositionspolitiker*innen oft gar nicht erst in die Sendestudios

¹ Beispielhaft: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/computer-mathematik/russische-propaganda-soziale-medien-sind-waffen-im-informationskampf-18010344.html> sowie <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-russland-krieg-verlauf-100.html>

² <https://www.debunk.org/coining-lies-state-budget-financing-of-russian-propaganda>

³ <https://www.betterplace-lab.org/wie-russland-desinformationen-in-der-ukraine-verbreitet>

⁴ <https://www.isdglobal.org/isd-publications/two-years-on-an-analysis-of-russian-state-and-pro-kremlin-information-warfare-in-the-context-of-the-invasion-of-ukraine/>

⁵ <https://cis-legislation.com/document.fwx?rgn=138841>

eingeladen.⁶ Auch die staatliche Finanzierung des Programms – im laufenden Jahr sind umgerechnet mehr als 37 Millionen Euro vorgesehen⁷ – sorgte mit Blick auf die angespannte Finanzlage der meisten Medien für Unmut. Zusätzlich sinken die Beliebtheitswerte des Formates stetig: Die Einschaltquote liegt aktuellen Umfragen zufolge bei etwa zehn Prozent⁸ und immer weniger Ukrainer*innen vertrauen der Sendung.⁹

Das sogenannte Ampelmodell erschwert Medienschaffenden seit Beginn des vergangenen Jahres den Zugang zur Front. Die Regelung teilte Frontgebiete in rote, gelbe und grüne Zonen¹⁰ ein. Aus den gelben Gebieten konnten Journalist*innen nur eingebettet - also in Begleitung von Militär-Offizieren - berichten, der Zugang zu den roten Gebieten war gänzlich verboten. Seit dem 3. Februar 2024 ist diese Regelung gelockert¹¹: Akkreditierte Medienschaffende dürfen nun aus den roten Zonen eingebettet berichten. In den gelben Zonen ist eine Begleitung durch einen Presse-Offizier nur noch notwendig, wenn über militärische Einrichtungen berichtet wird. Außerdem sind nun Akkreditierungen zwölf statt zuvor sechs Monate gültig. Diese Entwicklungen sind durchaus positiv zu werten in Hinsicht auf unabhängige Berichterstattung.

Die Ukraine steht auf Platz 61 der Rangliste der Pressefreiheit 2024, Russland auf Platz 162.

Westbalkan

Bosnien und Herzegowina, Serbien und Albanien sind, auch aufgrund ihrer Nähe zu Russland, allesamt Länder, in denen massive Desinformation in der Medienöffentlichkeit gang und gäbe ist. In allen drei Ländern ist ein zunehmender politischer Einfluss auf den Journalismus festzustellen.

Obwohl es in Serbien Qualitätsjournalismus gibt, der für seine Recherchen über Verbrechen und Korruption ausgezeichnet wurde, dringt er aufgrund von Propaganda kaum durch. Trotz eines soliden Rechtsrahmens sind Journalist*innen politischem Druck ausgesetzt.¹² Eine Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung empfiehlt daher als eine der wichtigsten Bedingungen für die weitere Annäherung Serbiens an Brüssel, dass die EU der Verquickung praktisch aller wichtigen Medien

⁶ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/zwei-jahre-krieg-gegen-die-pressefreiheit>

⁷ <https://hromadske.ua/ru/posts/bezopasnost-oborona-telemarafon-samoe-vazhnoe-o-gosbyudzhete-2024>

⁸ <https://detector.media/infospace/article/221323/2024-01-03-nyt-telemarafon-maie-zminyutysya-shchob-ne-peretvorytysya-na-propagandu/>

⁹ <https://detector.media/infospace/article/221467/2024-01-08-43-ukraintsiv-vvazhayut-shcho-iedynny-telemarafon-vtratyv-svoyu-aktualnist-sotsopytuvannya/>

¹⁰ <https://imi.org.ua/en/news/the-uaf-amends-accreditation-rules-for-journalists-introduces-three-access-zones-decree-no-73-i51137>

¹¹ <https://imi.org.ua/news/zminy-do-nakazu-73-liberalizatsiya-zon-bezpeka-zhurnalistiv-novyj-perelik-nerozgoloshennya-i59015>

¹² <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/serbien>

mit der Politik entgegentreten und auf mehr Eigentümertransparenz hinwirken muss.¹³

Auch in Albanien ist die Konzentration der wichtigsten Nachrichtenmedien in den Händen weniger Unternehmerfamilien, die häufig politische Interessen verfolgen und sich teils stark in die redaktionelle Unabhängigkeit ihrer Medien einmischen.¹⁴

In Bosnien und Herzegowina bestimmen ebenfalls Verbindungen zu politischen Parteien bei den meisten Medien die redaktionelle Linie. Medienkonzentration und undurchsichtige Besitzverhältnisse geben Anlass zur Sorge.¹⁵

In Bezug auf den Westbalkan verweisen wir desweiteren auf die hervorragende Studie des Center for Research, Transparency and Accountability (CRTA) mit dem Titel "Defunding Disinformation in the Balkans: How International Brands Support Russia's Agenda".¹⁶

Bosnien und Herzegowina steht auf Platz 81 der Rangliste der Pressefreiheit 2024, Serbien auf Platz 98 und Albanien auf Platz 99.

Gaza

Seit dem Beginn der Kriegshandlungen im Gazastreifen sind hunderte Medienschaffende aus aller Welt nach Israel geflogen, um zu berichten. Sämtliche großen Medien und Nachrichtenagenturen sind vor Ort. In gut sieben Monaten konnte erst eine internationale Journalistin aus dem Gazastreifen berichten und sich ein unabhängiges Bild von der Lage machen. Bislang gestattet das israelische Militär zudem Medienschaffenden ausschließlich, die Streitkräfte "embedded" bei ausgewählten Einsätzen im Gazastreifen zu begleiten - unter der Bedingung, das dabei entstandene Rohmaterial vor Veröffentlichung einsehen zu dürfen.¹⁷

Die Öffnung der Grenzübergänge für internationale Medien, insbesondere zu Rafah, wäre eines der wirksamsten Mittel, um der Desinformation in Bezug auf den Gaza-Krieg entgegenzutreten.

Tatsächlich gibt es auch im Gazastreifen noch immer Journalist*innen vor Ort. Für sie hat dieser Krieg so tödlich begonnen wie kein anderer Krieg im 21. Jahrhundert, was vor allem an den flächendeckenden Luftangriffen der israelischen Armee liegt. Neben dieser existentiellen Bedrohung wird ihre Arbeit unter anderem durch immer wieder blockierte Telefon- und Internetverbindungen oder zerstörtes Equipment erschwert.

Die Hamas sowie der Islamische Dschihad haben unabhängige und kritische Medien zwar schon in der Vergangenheit immer wieder stark eingeschränkt, auch gewaltsam, und verbreiten gezielt Propaganda. Dennoch gab es zumindest bis zum

¹³ <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1190>

¹⁴ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/albanien>

¹⁵ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/bosnien-und-herzegowina>

¹⁶ <https://crtars/en/defunding-disinformation-in-the-balkans/>

¹⁷ <https://newrepublic.com/article/176919/cnn-abc-nbc-reporters-embedding-israeli-military-gaza>

7. Oktober eine durchaus lebhaftere Zivilgesellschaft. Pauschale Urteile, sämtliche Medien stünden unter Kontrolle der Hamas oder arbeiteten sogar mit ihr zusammen, hält RSF für unzutreffend und gefährlich. Diverse Anschuldigungen in diese Richtung, auch von hochrangigen Mitgliedern israelischer Behörden, haben sich, bis auf sehr wenige Ausnahmen, nicht erhärtet. Sämtliche palästinensische Journalist*innen, etwa auch von Al-Dschasira, als Kombattant*innen zu brandmarken, kann durchaus als Desinformationsstrategie gewertet werden.

Israel steht in der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 101, die Palästinensischen Gebiete auf Platz 157.

2. RSF-Konzepte gegen Desinformation

Der Kampf gegen Desinformation kann, wenn er wirkungsvoll sein soll, nicht nur mit repressiven Mitteln wie der Erschwerung der Auffindbarkeit bestimmter Inhalte oder der Blockade des Zugangs zu ihnen geführt werden. Mindestens ebenso wichtig ist es aus Sicht von RSF, freie und unabhängige Medien trotz Zensurmaßnahmen zugänglich und auffindbar zu machen und zudem Inhalten, die auf der Grundlage professioneller journalistischer Standards erstellt wurden, zu besserer Sichtbarkeit zu verhelfen. Mit den im Folgenden erläuterten Maßnahmen möchte RSF dazu einen Beitrag leisten.

Die Journalism Trust Initiative

Die von RSF gegründete Journalism Trust Initiative (JTI) möchte seriösen, professionellen Journalismus sichtbar machen. Unter dem Dach der europäischen Normungsorganisation CEN (Comité Européen de Normalisation) und mit Beteiligung zahlreicher Organisationen und Einzelpersonen aus der Medienbranche, der Wissenschaft und der Tech-Industrie hat RSF 2019 einen Standard entwickelt, der Grundsätze professioneller journalistischer Arbeit festschreibt.

Dieser Standard¹⁸ ist maschinenlesbar. Er kann von Suchmaschinen, Newsaggregatoren oder sozialen Medien als Signal verwendet werden, um Inhalte JTI-zertifizierter Medien in Algorithmen und damit bei Suchergebnissen prominenter zu platzieren (Due Prominence-Prinzip). Microsoft beispielsweise will künftig den JTI in seinen Produkten, insb. bei Bing und LinkedIn, implementieren.¹⁹

Anders als bei Factchecking-Initiativen, die veröffentlichte Inhalte im Nachhinein als wahr oder falsch kategorisieren, erlaubt die JTI auf struktureller Ebene, Medien mit gewissen journalistischen Standards mit mehr Reichweite und damit ggfs. mit finanziellen Vorteilen zu belohnen. Die Annahme der JTI ist, dass Medien, die in ihren redaktionellen Verfahren einen bestimmten professionellen Standard einhalten, grundsätzlich auch vertrauenswürdigen Journalismus produzieren.

¹⁸ <https://www.cenelec.eu/media/CEN-CENELEC/CWAs/ICT/cwa17493.pdf>

¹⁹ <https://rsf.org/en/rsf-implement-journalism-trust-initiative-collaboration-microsoft>

Mediananbieter, die sich der Initiative anschließen wollen, füllen zunächst einen Fragebogen aus, der die Elemente des Standards abfragt. Sie können dann einen sog. Transparenzbericht veröffentlichen, aus dem hervorgeht, inwieweit ihre eigene journalistische Praxis mit den Vorgaben des Standards übereinstimmt. Als zweiten Schritt können sie sich im Rahmen eines externen JTI-Audits, bei dem die Angaben unabhängig überprüft werden, zertifizieren lassen und dann das offizielle JTI-Logo verwenden.

In den Erwägungsgründen des European Media Freedom Act (EMFA) wird der JTI-Standard bereits explizit genannt, um nachzuweisen, dass ein Medium von dem sogenannten „Medienprivileg“ bei der Content-Moderation der Plattformen profitieren kann. Die Initiative ist jedoch weiterhin auch auf politische Unterstützung angewiesen, denn Vorteile im Bereich der Plattformregulierung sind für Mediendiensteanbieter ein wesentliches Argument, sich JTI anzuschließen. Nach dem derzeitigen Stand (März 2024) haben 251 Medien weltweit ihre Transparenzberichte veröffentlicht, 30 sind bereits zertifiziert. 1245 Medien haben sich registriert, um bei der Initiative mitzumachen²⁰.

Der SVOBODA-Satellit

Durch die russischen Propagandamedien ist der Zugang zu freien Medien in Russland und der besetzten Ukraine stark eingeschränkt. Zahlreiche unabhängige Medien sind ins Exil gegangen, zum Teil nach Deutschland, zum Teil in die baltischen Länder, und arbeiten von dort aus weiter. Um die russische Bevölkerung weiterhin mit unabhängigen Informationen zu versorgen, ist es essenziell, dass sie trotz Zensur- und Sperrmaßnahmen Zugang zu freien Medien in russischer Sprache haben. Doch die Webseiten unabhängiger Medien sind in aller Regel gesperrt, die Interaktion mit ihnen, etwa über Social Media, kann strafrechtliche Konsequenzen haben.

Im März 2024 hat RSF deshalb in Zusammenarbeit mit dem Satellitenbetreiber Eutelsat das Svoboda-Satellitenprojekt²¹ gestartet. Svoboda - russisch für Wahrheit - verbreitet 25 unabhängige russische Radio- und Fernsehkanäle über den Hotbird-Satelliten, der von 4,5 Millionen Haushalten in Russland und etwa 800.000 Haushalten in der besetzten Ukraine empfangen werden kann. In Europa ist das Angebot für 33 Millionen Haushalte zugänglich, innerhalb der MENA-Region sogar für 61 Millionen Haushalte, sodass neben Haushalten in Russland und den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine vor allem auch die russische Exilgemeinschaft erreicht werden kann. Es wird weder zusätzliches Equipment benötigt, noch ist eine Registrierung erforderlich. Der Empfang ist, anders als bei einer Verbreitung über das Internet, nicht nachverfolgbar. Für etwa 45% der russischen Haushalte ist Satelliten-TV noch immer die Hauptinformationsquelle. RSF nutzt für das Angebot die Frequenzen der ehemaligen russischen Staatskanäle auf Eutelsat.

²⁰<https://www.journalismtrustinitiative.org/de/mediaoutlets>

²¹ <https://rsf.org/en/svoboda-satellite>

Zu den beteiligten Medien gehören beispielsweise der deutsche Kanal Ost/West 24 und der russischsprachige Dienst der DW, aber auch reichweitenstarke YouTube-Kanäle russischer Exilmedien wie Echo, IStories und Holod. Hinzu kommen beispielsweise der belarussische Radiosender Euroradio und der YouTube-Kanal des ukrainischen Journalisten Dmytro Hordon. Auch Radio Sakharov, Current Time, TV8 und die Novaya Gazeta Europe sind mit an Bord. In den nächsten Monaten werden weitere Anbieter hinzukommen, auch ist ein dezidiertes Nachrichtenkanal als Gemeinschaftsprojekt geplant.

3. Vorschläge für politische Maßnahmen gegen Desinformation

Ein Gegenseitigkeitsmechanismus zum Schutz des europäischen Informationsraums

Die Zulassungsvoraussetzungen für Mediendienste-Anbieter in Europa sind bislang kaum harmonisiert. Im European Media Freedom Act (EMFA) ist festgelegt, dass die nationalen Medienaufsichtsbehörden sich künftig auf ein einheitliches Vorgehen gegen Propagandasender einigen sollen.²² Einstweilen können Propagandamedien allerdings europäische Satelliten nutzen, um ihre Inhalte in autoritär regierten Staaten zu verbreiten und dort zur Desinformation der Bevölkerung beizutragen, während umgekehrt freie und unabhängige Medien in solchen Drittstaaten regelmäßig verboten und blockiert werden.

Das selektive Vorgehen gegen russische Propaganda-Sender auf der Basis von Wirtschaftssanktionen ist aus Sicht von RSF fragwürdig.²³ Vielmehr sollten medienpolitisch begründete Kriterien für Zulassung und Verbreitungsverbote von Medien gelten, und zwar jenseits geopolitischer Erwägungen für alle Anbieter in gleicher Weise.

RSF schlägt deshalb einen Gegenseitigkeits- bzw. Reziprozitätsmechanismus vor²⁴: Mediendienstanbieter aus Drittstaaten, die freien und unabhängigen Medien keinen Zugang zu ihren Medienmärkten gewähren, sollten auch keinen uneingeschränkten Zugang zum europäischen Informationsraum bekommen. Die Kriterien für ihre Zulassung sollten europaweit vereinheitlicht werden und ethische Grundsätze professionellen journalistischen Arbeitens und entsprechende Sorgfaltspflichten umfassen. Dabei sind auch Vorgaben zur Staatsferne in Betracht zu ziehen, also zur Unabhängigkeit der Medien von staatlichem Einfluss, etwa auch bei der Benennung der Mitglieder von Aufsichtsgremien.

Ausgangspunkt für den Reziprozitätsmechanismus sollte eine Evaluierung der Medienfreiheit in den betreffenden Ländern sein. Die von RSF jährlich veröffentlichte Rangliste der Pressefreiheit zeigt, dass eine solche Analyse auf wissenschaftlicher Grundlage durchaus möglich ist. Je weniger unabhängiger Journalismus in einem

²² Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 (Europäisches Medienfreiheitsgesetz), Artikel 17, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401083

²³ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/rsf-bewertet-eu-verbot-von-rt-und-sputnik-kritisch>

²⁴ <https://rsf.org/en/preventing-information-warfare-rsf-proposes-system-protection-democratic-information-spaces>

bestimmten Land möglich ist, desto mehr sollte Exiljournalismus aus dem betroffenen Land unterstützt werden. So kann eine unabhängige Informationsversorgung der betroffenen Bevölkerung weiterhin gewährleistet werden (siehe Details hierzu unter: Unterstützung des Exiljournalismus). Zum anderen verweisen wir auf die Ausführungen von CRTA zu möglichen Maßnahmen gegen Werbung westlicher Unternehmen in ausländischen Propagandamedien, mit denen diese Firmen zur Destabilisierung demokratischer Strukturen beitragen.

Zudem sollte Art. 2 Abs. 4 Nr.(6) der AVMD-Richtlinie²⁵ gestrichen werden. Dieser nimmt Mediendienste, die sich an ein Publikum in Drittstaaten richten, explizit von der europäischen Medienregulierung aus, auch wenn diese Angebote von Europa aus verbreitet werden. Aufgrund dieser Ausnahme kann die europäische Nachrichten-Infrastruktur genutzt werden, um Desinformation in Drittstaaten zu senden, wo der Zugang zu unabhängigen Informationen stark eingeschränkt ist und Propaganda leichter verfängt. Dies war beispielsweise bei Rossiya 1, Perviy Kanal und NTV T der Fall: drei Propagandamedien, die allesamt über den französischen Eutelsat-Satelliten verbreitet wurden.²⁶

Unterstützung von Exiljournalismus

Das beste Mittel gegen Desinformation besteht darin, den Zugang zu unabhängigen Informationen dort zu stärken, wo dieser eingeschränkt ist. Exilmedien erfüllen diese Funktion. Sie sind vertrauenswürdige Informationsquelle für die dortige Gesellschaft, die Diaspora, sowie auch für die globale Öffentlichkeit. Exilmedien sind oft die Einzigen, die noch Zugang zu Informant*innen und Quellen vor Ort haben. Ohne Exilmedien siegen Desinformation, Propaganda und Zensur.

Unabhängiger Journalismus im Exil steht jedoch vor besonderen Herausforderungen. Zum einen muss er sein Publikum im jeweiligen Herkunftsland erreichen – ggfs. trotz Netzsperrern, Zensurmaßnahmen und Repressionen gegen Hörer und Leserinnen. Zum anderen müssen die Medienschaffenden im Exilland eine eigene redaktionelle Infrastruktur aufbauen, aufgrund unterschiedlicher Aufenthaltsorte häufig vernetzt arbeiten und die Kontakte zu Informant*innen im Herkunftsland ausbauen, ohne diese zu gefährden. Zu den üblichen Problemen, die alle Geflüchteten bei der Eingewöhnung in eine neue kulturelle Umgebung haben, kommen rechtliche, organisatorische und finanzielle Herausforderungen.

Eine sinnvolle Unterstützung des Exiljournalismus sollte daher sowohl den Aufbau einer Infrastruktur im Exil, eine Vernetzung der beteiligten Akteure, eine Produktionsförderung für die journalistische Arbeit sowie Trainings- und Fortbildungsangebote beinhalten. Neben finanzieller Unterstützung ist eine

²⁵ Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 10. März 2010 (AVMD-RL), konsolidierte Fassung: https://emr-sb.de/wp-content/uploads/2019/03/EMR-AVMD-RL-2018-konsolidiert_DE.pdf

²⁶ Dies konnte durch die französische Medienaufsicht letztlich nur unterbunden werden, weil die Sender zugleich auch ein Publikum in der Ukraine erreichten, die zu den Unterzeichner*innen des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen gehört, vergl. <https://www.wipo.int/wipolex/en/treaties/parties/948> sowie unsere Pressemeldung dazu: <https://rsf.org/en/french-regulator-orders-eutelsat-stop-carrying-three-russian-propaganda-tv-channels>

aufenthaltsrechtliche Absicherung der Betroffenen von entscheidender Bedeutung. Idealerweise können sich Exiljournalist*innen möglichst frei im Schengenraum bewegen, um Kontakte zu Kolleg*innen und Quellen zu pflegen und zu recherchieren.

Der Aufbau einer Förderstruktur für Exiljournalismus sollte flankiert werden mit aufenthaltsrechtlichen Garantien für Medienschaffende, die nicht nur von einer akuten persönlichen Gefährdung abhängen, sondern vom Grad der Pressefreiheit in dem jeweiligen Herkunftsland. Je weniger freie Medien es dort gibt, desto wichtiger ist es, dass diese im Exil entstehen oder weiterarbeiten können.

Bereits bestehende und gut funktionierende Initiativen in diesem Themenfeld sollten kontinuierlich gefördert werden. RSF initiierte mit der Schöpflin- sowie der Augstein-Stiftung beispielsweise den JX-Fund²⁷, einen europäischen Fonds für Exiljournalismus. Dieser wurde bislang neben privaten Mitteln auch aus dem Bundeshaushalt unterstützt. Der JX-Fund sammelt und kuratiert Wissen und Daten über die Bedürfnisse und den Einfluss von Medien im Exil²⁸, betreibt Forschung, vernetzt, vermittelt und fördert. Eine effizientere globale Unterstützung wird durch datenbasierte Übersichten und die Koordination aller Akteure ermöglicht.

Seit seiner Gründung im April 2022 unterstützte der JX Fund so 68 Exilmedien aus Belarus, Russland und Ukraine, die in 25 Exilländern insgesamt mehr als 1870 Mitarbeitende beschäftigen. Dies geschah z.B. in Form von direkter finanzieller Unterstützung, strategischer Weiterentwicklung von Geschäftsmodellen, Projekten zum Infrastrukturaufbau sowie mittels rechtlicher und psychologischer Beratung. Eine Erweiterung des Länderspektrums ist geplant. Eine Weiterführung oder gar eine Ausweitung der Arbeit ist jedoch von den finanziellen Mitteln abhängig, die in Zukunft für diese Arbeit zur Verfügung stehen werden.

Medienentwicklungszusammenarbeit

Wenn die Bundeswehr sich aus Ländern wie Afghanistan oder Mali zurückzieht, entstehen in solchen Ländern nicht nur akute Bedrohungslagen für Medienschaffende, sondern mit dem Ende des militärischen Engagements geht in aller Regel auch eine drastische Reduktion der Medienentwicklungszusammenarbeit einher. So ist in Afghanistan in den ersten drei Monaten nach der Machtübernahme der Taliban eine drastische Abnahme der Medienvielfalt zu beobachten gewesen. Von den 543 Medien, die zu Beginn des Sommers 2021 in Afghanistan registriert waren, existierten Ende November nur noch 312. Damit waren innerhalb von drei Monaten 43 Prozent der afghanischen Medien verschwunden.²⁹ Eine Evaluation der Medienförderung in Afghanistan, in die insbesondere die USA während der Zeit ihres dortigen Engagements enorme Summen investiert haben, steht noch aus. Fest steht aber, dass die wenigen verbliebenen Medien, die noch vor Ort arbeiten, nicht nur mit

²⁷ <https://jx-fund.org/de/>

²⁸ Auf einer eigenen Plattform <http://journalism-in-exile.org> sammelt und kuratiert der JX Fund kontinuierlich alle relevante Veröffentlichungen und Studien zum Thema Exiljournalismus.

²⁹ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/taliban-zerstoeren-medienpluralismus>

Repressionen der neuen Regierung zu kämpfen haben, sondern auch mit handfesten ökonomischen Problemen.

Ähnlich stellt sich die Lage in Mali dar. Ein bereits im April 2023 veröffentlichter RSF-Bericht über die Sahelzone³⁰ kam zu dem Schluss, dass es sich bei der Region um eine der tödlichsten der Welt für Medienschaffende handelt. Journalist*innen werden von bewaffneten Gruppen entführt, um Lösegeld zu erpressen oder werden getötet. Community-Radios, die Stimmen aus der Bevölkerung zu Wort kommen lassen, sind zum Teil mit Gewalt zerstört worden, weil sie Personen interviewt haben, die Kritik an bewaffneten Gruppen geäußert hatten. Internationale Medien sind in der letzten Zeit zunehmend geschlossen worden, ausländische Journalist*innen waren gezwungen, das Land zu verlassen. Einzig Russia Today und von den Wagner-Truppen unterstützte Medien bekommen derzeit noch Einreisevisa. Somit sind Desinformationskampagnen, die häufig von mit Russland verbündeten Kräften ausgehen, omnipräsent.

Auch in Ländern, in denen die Medienlandschaft weitgehend zerstört und Pressefreiheit ein Fremdwort ist, sind häufig nach wie vor unabhängige Medien aktiv. Meist handelt es sich um Non-Profit-Projekte oder Community-Medien. Sie versorgen die Bevölkerung mit verlässlichen Informationen und bilden ein Gegengewicht zu Desinformationskampagnen. Medienkooperationen zwischen internationalen Organisationen und Medienschaffenden vor Ort sind, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, auch in autoritären Staaten möglich und sinnvoll. Durch Sicherheitstrainings, Unterstützung beim Aufbau von technischer Infrastruktur, Fortbildungsmaßnahmen oder die Finanzierung von Sicherheitspersonal könnten unabhängige Medienschaffende in ihren Heimatländern unterstützt werden.

Doch leider werden Projekte der Medienentwicklungszusammenarbeit oft zurückgefahren, sobald das geopolitische Interesse an einer bestimmten Region nachlässt. Eine mühsam und mit erheblichen finanziellen Ressourcen aufgebaute Infrastruktur für freie Medien geht dann langsam zugrunde, während Propaganda von Regierungen und ihren ausländischen Unterstützer*innen zunimmt. Aus Sicht von RSF sollte sich Medienentwicklungszusammenarbeit an der tatsächlichen Lage der Pressefreiheit vor Ort orientieren sowie an den Chancen, durch eine Unterstützung journalistischer Projekte einen Beitrag zu mehr Medienvielfalt und besserer Information der Bevölkerung leisten zu können.

4. Fazit und Empfehlungen

Ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Desinformation sollte nicht nur den Zugang zu Propagandamedien beschränken, sondern vor allem freie und unabhängige Medien weltweit stärken. Zu möglichen Maßnahmen gehören:

- eine strukturelle Förderung des Exiljournalismus in Abhängigkeit vom Grad der Pressefreiheit im Herkunftsland: Je stärker der Zugang zu freien und unabhängigen Informationen in dem jeweiligen Land eingeschränkt ist, umso

³⁰ <https://rsf.org/en/what-it-s-be-journalist-sahel-rsf-report-threats-journalism-african-region>

stärker sollten Deutschland und Europa den unabhängigen Exiljournalismus aus solchen Ländern unterstützen (Reziprozitätsprinzip),

- eine langfristige finanzielle und strukturelle Unterstützung für Medienschaffende aus Ländern, in denen eine freie Presse nicht oder kaum mehr möglich ist,
- ein Ausbau der Medienentwicklungszusammenarbeit durch Medienprojekte und Schutzmaßnahmen für Journalist*innen insbesondere in jenen Ländern, in denen die Pressefreiheit und der Zugang zu unabhängigen Informationen gefährdet oder gar nicht mehr gegeben sind,
- eine Verbesserung der Eigentümertransparenz: Nach Art. 6 (2) der Verordnung 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates (European Media Freedom Act, EMFA) müssen von den Mitgliedstaaten Regulierungsbehörden mit der Entwicklung nationaler Datenbanken zum Medieneigentum beauftragt werden. In Deutschland gibt es zwar bereits die Mediendatenbank der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), diese muss allerdings im Hinblick auf die Vorgaben des EMFA weiterentwickelt werden. Vor allem aber kann die deutsche Medienaufsicht im Rahmen des neuen European Board for Media Services darauf hinwirken, dass hier ein einheitlicher Standard für ganz Europa entwickelt wird,
- strenge Anforderungen im Hinblick auf Medienfreiheit und redaktionelle Unabhängigkeit bei der Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten in die Europäische Union,
- eine Stärkung von Selbstregulierungsinitiativen wie der Journalism Trust Initiative (JTI) im Bereich der Plattformregulierung. Medien, welche die Einhaltung ethischer Grundsätze und professioneller Standards journalistischen Arbeitens verlässlich nachweisen, sollten im Bereich der Medienregulierung Vorteile gegenüber Anbietern haben, die sich nicht in dieser Weise selbstverpflichten,
- Defunding: Sanktionen gegen Unternehmen aus Europa, die an Werbung in ausländischen Propagandamedien verdienen (vergl. die Ausführungen von CRTA).